

Die Arbeitgeber weiter ohne konkrete Angebote

Wir wollen unsere Forderung nachdrücklich vertreten

Nachdem die erste Verhandlungsrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen ohne ein Angebot der Arbeitgeberseite verstrichen ist, werden vom dbb und seinen Fachgewerkschaften verschiedene Aktionen und auch Streikmaßnahmen durchgeführt.

Ausgangslage unserer Aktion

Die Verhandlungsführerin der Kommunen, die Präsidentin der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände VKA, Karin Welge, sagte der "Rheinischen Post": "Die Streikaufrufe entsprechen lediglich der Dramaturgie der Gewerkschaften und dienen auch der Mitgliedergewinnung."

Welge wies die die Forderungen, nicht zum ersten Mal, als überzogen zurück: "Die Gewerkschaften sind mit ihren Forderungen deutlich über das Ziel hinausgeschossen." Auch die Inflation sei kein Grund für die Forderung. Die Tariflöhne im Öffentlichen Dienst seien in den letzten zehn Jahren nämlich stärker gestiegen als die Inflation.

Es ist leider davon auszugehen, dass die Arbeitgeberseite zur zweiten Verhandlungsrunde (22. – 23. Februar) in Potsdam ihre Blockadehaltung fortsetzen und kein Angebot vorlegen wird. Es wird von Arbeitgeberseite auf die Haushaltssituation der Kommunen verwiesen, die nach deren Schilderung keine Einkommenssteigerungen der Beschäftigten zulässt. Die Arbeitgeberseite verweist auf die Einkommenszuwächse in den letzten 10 Jahren (s.o.) und zudem auf die Unterstützungspakete der Bundesregierung. Damit seien alle Steigerungen aufgefangen, ein Ausgleich somit nicht notwendig.

Unsere Positionen

Wir sehen dies anders. Auch in unseren Haushalten, besonders bei den niederen Entgeltgruppen sieht der Finanzhaushalt ebenfalls düster aus. Wir fordern ordentliche Bezahlung für ordentliche Arbeit. Lobende Worte der Arbeitgeber in Sonntagsreden und auf Veranstaltungen ersetzen keine ordentliche Vergütung.

Den Vorwurf Welges auf die Dramaturgie der Gewerkschaften weisen wir zurück. Die Arbeitgeberseite hat ihre Blockadehaltung regelrecht ritualisiert und zeigt keine Bereitschaft zu fairen Verhandlungen.

Was wir nicht wollen, sind Einmalzahlungen. Dies haben keine Zukunftswirkung. Für die Rentenansprüche zählen diese Beträge nicht, sie haben lediglich eine kurzfristige Auswirkung. Nicht noch einmal so. Die letzte Runde des TV-L sollte die Wirkungen aufgezeigt haben.

Aktionstag in Freiburg

Um unsere berechtigten Forderungen zu unterstreichen, wird auch in Baden-Württemberg ein Aktionstag durch den bbw durchgeführt.

Der Aktionstag ist für den Donnerstag, 16. März 2023, in Freiburg vorgesehen, wo für diesen Tag eine zentrale Protestveranstaltung geplant ist.

Treffpunkt ist ab **10.00 Uhr** am **Platz der alten Synagoge**. Von hier aus wird sich der Protestzug um 11.00 Uhr durch die **Innenstadt** und zurück zum Platz der alten Synagoge bewegen, wo dann ab **12.00 Uhr** die **Großkundgebung** durchgeführt wird. Hauptredner wird der stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik, Kollege **Volker Geyer**, sein.

Wir müssen uns zeigen!

Es ist von besonderer Bedeutung, dass es uns gelingt, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu mobilisieren. Politiker sind nur mit Zahlen zu beeindrucken. Wir wollen uns nicht von den Arbeitgebern entgegenhalten lassen, dass die geringe Zahl der Teilnehmer doch zeige, dass die meisten Beschäftigten zufrieden seien, sonst wären sie doch mit dabei.

Der zeitliche Ablauf ist so gewählt, dass auch Beamte bzw. Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich des Landes (TV-L) in einer verlängerten Mittagspause oder Ehemalige (Pensionäre oder Rentner) solidarisch daran teilnehmen können.

Der Tarifabschluss hat Zukunftswirkung

Der Tarifabschluss wird Pilotfunktion für die Tarifverhandlungen zum TV-L im Herbst haben. Dieser wird sich auch auf die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger auswirken. Ein guter Abschluss in dieser Tarifrunde wäre ein Signal an die Arbeitgeber ohne Blockadehaltung und mit einem Angebot in die Runde zu starten.

Sollte die Arbeitgeberseite (Kommunen und Bund) in dieser Runde bei ihrer starren Haltung bleiben, kein akzeptables Angebot vorlegen (wovon derzeit leider auszugehen ist) und keine ernsthaften Verhandlungen beginnen, wird der dbb für die betroffenen Beschäftigten (TVöD) in Baden-Württemberg für (mindestens) diesen Tag eine Streikfreigabe erteilen. Dazu werden wir aber noch gesondert informieren.

Wir kommen hin

Mit dem dbb wurde vereinbart, dass die Transportkosten mit Bussen auf Nachweis erstattet werden. Die Fachorganisationen können somit, dort wo Teilnehmerpotential vorhanden ist, selbst Busse organisieren. Voraussetzung für die Erstattung ist, dass dem bbw im Vorfeld mitgeteilt wird, **wo und wann Busse der Mitgliedsgewerkschaften abfahren**. Die Mitgliedsgewerkschaften sollten mitteilen, ob in den jeweiligen Bussen noch freie Plätze sind, damit ggf. Kolleginnen und Kollegen mitgenommen werden können.

Wir werden uns bemühen rechtzeitig über Mitfahrgelegenheiten zu informieren. Am besten wäre es, wenn es uns gelänge, selber einen Bus zu füllen.

Nehmen Sie Teil, es geht auch um Ihr Geld!

wb

Kompetent

Kollegial

Konsequent